



Abgemahnt und angezeigt - Zivilgesellschaft unter Druck. Empfang & Podiumsdiskussion des deutschen No SLAPP-Bündnisses

am 16.05.2023

im Europäischen Haus, Berlin



Unternehmen oder ressourcenstarke Einzelpersonen, die unliebsame Stimmen mittels Abmahnungen bis hin zu langwierigen, teuren Prozessen einzuschüchtern und so eine kritische Öffentlichkeit für einen Sachverhalt zu verhindern suchen – viele Journalist*innen, Forschende oder Umweltaktivist*innen kennen dieses Phänomen.

Ende Februar wurde nun im Europäischen Parlament eine [Richtlinie](#) gegen sogenannte SLAPPs verabschiedet, zum Schutz von Akteur*innen in Journalismus, Aktivismus und Wissenschaft vor rechtsmissbräuchlichen Einschüchterungen. Für die Umsetzung in Deutschland verbleiben zwei Jahre Zeit.

Auch hierzulande sind immer wieder Medienschaffende und andere Personen und Organisationen von SLAPPs betroffen. Deshalb hat sich das No SLAPP Bündnis als nationaler Ableger der [Coalition Against SLAPPs in Europe](#) gegründet, in dem sich verschiedene journalistische und zivilgesellschaftliche Organisationen gegen SLAPPs engagieren. Aus diesem Bündnis heraus ist wiederum kürzlich die erste [Anlaufstelle für Betroffene von SLAPPs in Deutschland](#) entstanden.

Was bei der Umsetzung der EU-Richtlinie in nationales Recht mit Blick auf die spezifische Situation in Deutschland zu beachten ist, wollen wir mit Expert*innen diskutieren – am 16. Mai 2024 von 18:00 Uhr bis 20:30 Uhr im Europäischen Haus, Unter den Linden 78 in Berlin.

Es laden stellvertretend für das deutsche No-SLAPP-Bündnis ein: Blueprint for Free Speech, Reporter ohne Grenzen, dju in ver.di, Deutscher Journalisten Verband, Green Legal Impact, Aktion gegen Arbeitsunrecht, FragDenStaat, Rettet den Regenwald sowie die Gesellschaft für Freiheitsrechte.

SLAPP - Perspektiven einer Europäischen Debatte

PROGRAMM

17:30h	Empfang
18:30h	Keynote: Europäische Maßnahmen gegen SLAPPs Tiemo Wölken MdEP, Berichterstatter des Europäischen Parlaments zur Anti-SLAPP Richtlinie
19:00h	geSLAPPt in Deutschland Vorstellung der No SLAPP-Anlaufstelle zum Schutz publizistischer Arbeit in Deutschland
19:15h	Einschüchterung mit juristischen Mitteln - Zur Lage in Deutschland Paneldiskussion mit: <ul style="list-style-type: none">- Hannah Vos, FragDenStaat- Anna Hunger, Kontext-Wochenzeitung- Bettina Behrend, Rettet den Regenwald Moderation: Joschka Selinger, Gesellschaft für Freiheitsrechte
20:15h	Ausklang

Anmeldungen sowie Fragen und Feedback bis zum 10.05.24 gerne an:

Philipp Wissing, M.A. - Blueprint for Free Speech

philippw@blueprintforfreespeech.net

Gefördert von:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Zum Hintergrund

Auch in Deutschland sind immer wieder Personen und Organisationen von SLAPPs betroffen. 2017 wurde der heutige Bundestagsabgeordnete Karl Bär, damals Agrar-Referent des *Umweltinstituts München e.V.*, [vom Südtiroler Landesrat für Landwirtschaft und über 1370 Südtiroler Landwirt*innen für eine Plakataktion zum Pestizideinsatz im Südtiroler Apfelanbau angezeigt](#). 2020 wurde der Prozess in Bozen eröffnet, 2022 endete das Verfahren mit einem Freispruch für den Angeklagten. Oder die Umweltschutzorganisation *Rettet den Regenwald e.V.*, gegen die 2019 [der indonesische Palmöl- und Holzkonzern Korindo Klage vor dem Hamburger Landgericht](#) erhoben hatte. Der Prozess wurde im Februar 2023 durch einen Vergleich beendet, bei dem sich die Klägerin mit keiner Forderung durchsetzen konnte. Einen ganzen Fallkomplex stellen die [zahlreichen Abmahnungen und Klagen seitens Georg Friedrich Prinz von Preußen](#) dar, von denen u.a. auch das Internetportal für Informationsfreiheit *FragDenStaat* und die *Deutsche Journalistinnen- und Journalisten Union (dju) in ver.di* betroffen waren.

Diese Verfahren konnten erfolgreich geführt und größerer Schaden von den Beklagten abgewendet werden - maßgeblich, weil die Vorwürfe als SLAPPs erkannt und strategisch gegen sie vorgegangen wurde. Doch selbst bei diesem erfolgreichen Vorgehen führten auch diese Fälle zu teils jahrelangen Prozessen, die mit erheblichen finanziellen und persönlichen Risiken einhergingen und die betroffenen Organisationen und Personen unter extremen Druck setzten - und zeitweise von anderer Projektarbeit abhielten.

Darüber hinaus ist auch in Deutschland von einer hohen Dunkelziffer an Fällen auszugehen, bei denen die Betroffenen gegenüber den Forderungen der Kläger*innen einknicken und nicht weiter öffentlich zu den jeweiligen Themen kommunizieren - der von den Kläger*innen angestrebte "chilling effect". [Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft hat 2023 eine Studie veröffentlicht](#), die allein hinsichtlich des strategischen Einsatzes von juristischen Mitteln durch rechtsextreme Akteur*innen gegen die Zivilgesellschaft eine beachtliche Anzahl an Fällen dokumentiert. Andere Formen der strukturellen Einschüchterung werden aktuell umfassend untersucht.

Solche Klagen haben gravierende Folgen, sowohl für Betroffene als auch für die Zivilgesellschaft. Die Beklagten sehen sich meist hohen Anwaltskosten, jahrelangen Gerichtsprozessen und horrenden Schadensersatzforderungen ausgesetzt. So kommt es zum Risiko einer Selbstzensur, mit der die Betroffenen versuchen, solche mitunter für sie existenzgefährdenden Klagen zu vermeiden. Dies kann zu blinden Flecken in der gesellschaftlichen Debatte gerade dort führen, wo es einer kritischen Öffentlichkeit besonders dringend bedarf. Zudem gefährden missbräuchliche Klagen die Wirksamkeit

Empfang & Podiumsdiskussion des deutschen No-SLAPP-Bündnisses

rechtsstaatlicher Prinzipien, die Glaubwürdigkeit der staatlichen Organe, die diese umsetzen sollen und das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz.

Vor diesem Hintergrund bildete sich das *No-SLAPP-Bündnis Deutschland*, als Teil des europäischen *CASE-Bündnisses*. Die Bündnismitglieder *Blueprint for Free Speech e.V.*, *Reporter ohne Grenzen Deutschland*, der *Deutsche Journalisten Verband*, die *dju in ver.di*, *FragdenStaat* sowie die *Aktion gegen Arbeitsunrecht* initiierten zusätzlich und mit Förderung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien die erste [No SLAPP Anlaufstelle zum Schutz publizistischer Arbeit in Deutschland](#). Diese Anlaufstelle arbeitet eng mit dem No SLAPP Bündnis zusammen, und profitiert außerdem vom rechtlichen Netzwerk des [Pioneering anti-SLAPP Training for Freedom of Expression \(PATFOX\)](#), einem von der Europäischen Kommission geförderten Projekt, in dessen Rahmen seit 2022 Fortbildungsveranstaltungen für Rechtsanwält*innen in elf europäischen Ländern, darunter auch Deutschland, angeboten werden.

Wir würden uns sehr freuen, Sie am 16.05. in Berlin begrüßen zu dürfen. Und bitten um Rückmeldung bzgl. einer Teilnahme bis zum 10.05.

Anmeldungen sowie Fragen und Feedback gerne an:

Philipp Wissing, M.A. - Blueprint for Free Speech

philippw@blueprintforfreespeech.net